

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-M.,  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40 Reichstagsufer 3  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsspaltige Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.  
Gratifikationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

## Geschichtskalender: 2. bis 8. Oktober.

- 3. Oktober 1911: Brauereiarbeiterstreik in Bremen.
- 4. Oktober 1913: Brauereiarbeiterstreik in Magdeburg.

### Im Monat Oktober.

1896: Rappier wird im Wahlkreis Dessau als Kandidat zum Reichstag aufgestellt.

- 1896: Verhandlungen des Müllerverbandes mit dem Bäckerverband und Aufstellung von Richtlinien wegen Zusammenschluß.
- 1898: Gegenseitigkeitsvereinbarungen mit dem Schweizer Bruderverband, betreffend Unterführungen.
- 1904: Rappier erhält zwei Wochen Gefängnis wegen „Erpressung“ im Mühlenarbeiterstreik in Hameln.
- 1907: Zusammenschluß der Sektionen I, II und III der Brauereiarbeiter in Hamburg.

jahr vorher. Das Jahr 1926, nach Ueberwindung der vielen Peiten und Zwangsvergleiche gerade in der Lebens- und Genussmittelindustrie, bringt dann wieder ein Ansteigen der Dividendensumme bei den sieben untersuchten Gesellschaften auf 1,25 Millionen Mk. Dem entspricht eine Steigerung der Indezah! auf 160,3.

Die Senkung der Dividendensumme im Jahre 1925 bedeutet keine Widerlegung der Tatsache, daß die industrielle Rente sich seit der Goldumstellung ständig erhöht. Abgesehen von einer anderen Beeinflussung der Dividenden wollen wir nur hier auf das durchaus anormale Jahr 1925 aufmerksam machen. Unter Einfluß vieler Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben, besonders unter Auswirkung des Geldmarktes während Einführung der Rentenmark hatten sich große Läger gebildet. Das galt insbesondere für den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln. Es trat dann die Geldverknappung ein, die teilweise die Handelsfirmen in die Geschäftsaufsicht oder in den Konkurs trieb. Leidtragende waren natürlich die Betriebe der Nahrungsmittelindustrie. Sie mußten sich mit den zahlungsunfähig gewordenen Gläubigern einigen und von ihren Forderungen Abschläge machen. Statt der erhofften vollen Summe kamen nur Teilmengen herein. So erklärt sich der Rückgang in der Rentabilität während des Jahres 1925. Daß aber bei den sieben von uns untersuchten Gesellschaften doch erheblich hohe Dividenden ausgeschüttet werden konnten, die noch über dem Stand von 1913 liegen, selbst wenn man die Geldentwertung berücksichtigt, spricht unwiderlegbar für die wieder-gewonnene Rentabilität vor allem in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Damit steht die Entwicklung der Durchschnittsdividende im Einklang. Sie machte bei den sieben untersuchten Gesellschaften im Jahre 1913 nur 4,9 Proz. aus und steigt im Jahre 1925 auf 8,2 Proz. an. Im Jahre 1925 sinkt sie auf Grund der geschilberten Zusammenhänge auf 5,1 Proz., um sich Ende 1926 auf 6 Proz. zu erholen. Setzt man die Dividende im Jahre 1913 = 100, so ergibt sich für das Jahr 1926 die Zahl von 122,4, ein Ausdruck der Rentabilität des Gewerbes.

## Ist die Industrie rentabel?

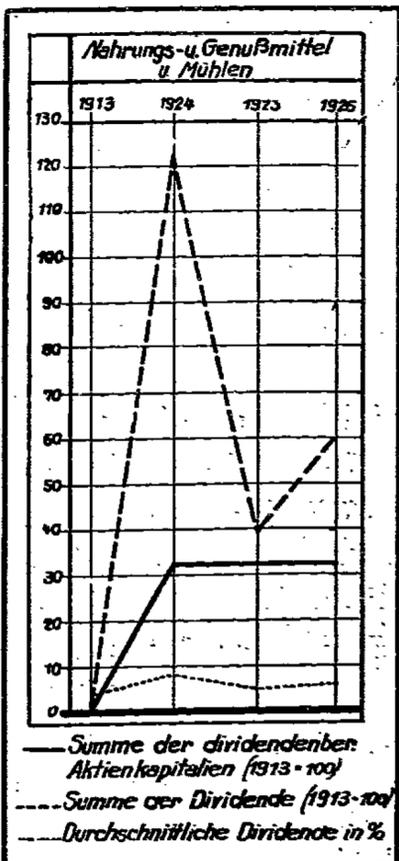
### II. Nahrungs- und Genussmittel und Mühlen.

Wir haben aus den Ausführungen über die Spirit- und Getränkeindustrie in der vorigen Nummer gesehen, daß die Rentabilität der Betriebe in den letzten Jahren nicht nur ständig zugenommen hat, sondern auch, daß die Summe der gezahlten Dividende und die Durchschnittsdividende weit über der Dividende von 1913 liegen. Ähnliche Verhältnisse treffen wir in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und bei den Mühlen an.

Die Entwicklung kann nicht verwundern. Es ist heute eine unbestreitbare Tatsache, daß die Gewinnspannen gegenüber der Zeit vor dem Kriege stark gestiegen sind. Die Aufschläge auf das verarbeitete Produkt dürften ein Vielfaches des vor dem Kriege Üblichen ausmachen. Der vergrößerte Profit hängt mit der ganzen Strukturwandlung in unserer Wirtschaft zusammen. Infolge der zunehmenden Vereinbarungen über die Preisfestlegung ist einmal die freie Konkurrenz ausgeschaltet. Die Betriebe haben es nicht mehr nötig, sich zu unterbieten. Teilweise hat man auch Handelsgewinne, die früher dem Großhandel zugute kamen, an sich gezogen, indem man die Verdienstspanne des Handels beschränkte. Darüber hinaus ist gerade die Nahrungsmittelindustrie nicht den Bewegungen der Wirtschaftskonjunktur gefolgt. Als die freie Konkurrenz noch nicht derart gedrosselt war, wie das heute der Fall ist, mußte die Industrie zur Zeit der Krise ihre Preise herabsetzen, weil eben der eine Betrieb den andern unterbot, um seine Waren los-zuverden. Die Nahrungsmittelindustrie hat heute erkannt, daß ihr Angebot auf dem Warenmarkt auch zur Zeit der Krise einem fast unveränderten, einem sogenannten starren Bedarf gegenübersteht, gegenüber anderen Verbrauchsideustrien, z. B. der Textilindustrie, wo die Nachfrage nach Kleidung usw. fällt, je mehr und je furchtbarer sich die Krise auswirkt. Die Nahrungsmittelindustrie ist also in der Lage, daß sie auch zur Zeit der Wirtschaftsdpression mit der Abnahme ihrer Waren rechnen kann, ihre Preise stabil und nach Lage der Dinge stark über- setzt halten kann. Die angezeigten Tatsachen, die in der Strukturwandlung unseres ganzen Wirtschaftslebens begründet sind, stellen sich als enorme Gewinnquellen dar, auf denen eine gegenüber der Zeit vor dem Kriege gesteigerte Rentabilität beruht.

Untersucht haben wir im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und in der Mühlenindustrie 7 Aktiengesellschaften. Diese 7 Aktiengesellschaften hatten im Jahre 1913 ein dividendenberechtigtes Aktientapital von 15,90 Millionen Mk. Nach der Goldumstellung im Jahre 1924 ergibt sich ein Aktientapital von rund 21 Millionen Mk. Es ist also zur

Zeit des großen Kapitalschnitts in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und bei den Mühlen eine recht erhebliche Vergrößerung des dividendenberechtigten Aktientapitals eingetreten, wie sie recht selten vorkommt. Sehen wir das Aktientapital der sieben untersuchten Gesellschaften im Jahre 1913 = 100, so ergibt sich nach der Umstellung auf Gold die Zahl 132,1. Berücksichtigt man die seit dem Kriege vor sich gegangene Geldentwertung, so muß, auf Grund der Veränderung des Aktientapitals festgestellt werden, daß die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und die Mühlen ohne Kapitalverluste durch den Krieg gekommen sind. Im Jahre 1913 zahlten die sieben von uns untersuchten Gesellschaften Dividenden, die insgesamt 0,78 Millionen Mk. ausmachten. Schon das Jahr 1924 brachte mehr als eine Verdoppelung der Dividendensummen. Es wurden nämlich im genannten Jahre von den sieben untersuchten Gesellschaften nicht weniger als 1,71 Millionen Mk. an Dividenden für Dividendenzahlungen aufgewandt. Damit ist gewissermaßen ein Rekord erreicht worden. Sehen wir die Dividenden-summe aus dem Jahre 1913 = 100, so ergibt sich für das Jahr 1924 die Zahl 221. Es ist also eine Steigerung der Dividendensumme eingetreten, wie sie gerade im Jahre 1924, in einem der schlechtesten Geschäftsjahre, wohl kaum bei einer anderen Industriegruppe zu verzeichnen ist. Im Jahre 1925 nimmt dann auch die Dividenden-summe bei den sieben untersuchten Gesellschaften auf 1,08 Millionen Mk. ab. Damit fällt die Indezah! auf 139,5 gegenüber 221 im Rekord-



## Der 23. (außerordentliche) Verbandstag in Leipzig.

Die Verschmelzung beschlossen. — Böttcher und Fleischer einstimmig, Denag mit 57 gegen 1 Stimme, Lebensmittel- und Getränkearbeiter mit 61 gegen 5 bei einer Stimmenthaltung.

Am 18. September, abends 5 Uhr, eröffnete der Vorsitzende B a c k e r den Verbandstag im Volkshaus, mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der diesjährigen Tagung, die sich mit der Verschmelzung der vier Verbände zu beschäftigen hat. Er wies hin auf die Krise im vorigen Jahr, die sehr stark auf die Gewerkschaften drückte. Es kam uns zustatten, daß wir beizeiten die Beiträge auf eine Höhe brachten, die uns ermöglichte, unsere Aufgaben zu erfüllen. Die Unter-znehmer versuchten und versuchen, uns unsere erkämpften Rechte streitig zu machen und unseren Einfluß zu unterbinden. Um so notwendiger ist die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterchaft und es ist ein Gebot der Notwendigkeit, jeden Bruderkrieg in der Organisation zu unterlassen. Leipzig hat schon einmal einen Verbandstag unserer Organisation beherbergt, als sie noch nicht auf freigewerkschaftlichem Boden stand. Nun sind die Verhältnisse andere geworden. Auf dem Wege der Entwicklung ist unsere Organisation in Leipzig in Reih und Glied marschiert. In Leipzig ist das Unternehmertum in der Brauindustrie unserer Organisation in schärfstem Kampf entgegengetreten, gestützt auf die Zersplitterung, die es selbst erst hervorgerufen und gefördert hat, die viele Opfer unsererseits forderte. Jedoch die Verhältnisse haben endlich zur Einigung der Brauereiarbeiter geführt und im Laufe der Zeit haben sie sich erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen und sich das Mitbestimmungsrecht erkämpft. In Leipzig ist auch zuerst der Gedanke der Invalidenunterstützung aufgetaucht, schon vor mehreren Jahrzehnten, die nun in unserer Organisation zum Teil verwirklicht ist und jetzt weiter ausgebaut werden soll. Mit dem Gedanken an die verstorbenen Mitglieder, besonders den Kollegen Rappier, schloß der Vorsitzende die Einleitung. Begrüßungen folgten von dem Vertreter der österreichischen Bruderorganisation, Kollegen S a b s c h i e d, der der Tagung die Grüße der österreichischen Bruderorganisation übermittelte und der von der Tagung die Erfüllung der Verschmelzung erhofft, ferner von Kollegen S e n d i g für den Leipziger Ortsverein. Als Verhandlungsleiter wird Kollege J o d a p p gewählt. Nach der Wahl der notwendigen Kommissionen wird der Verbandstag zum nächsten Tag 8 Uhr vertagt.

Die Tagung am Montag, dem 19. September, begann mit der Begrüßung des Vertreters der Internationalen

Union der Verbände der Lebens- und Genussmittelarbeiter, Schifferstein, Zürich, und des Vertreters des Lebens- und Genussmittelarbeiterverbandes der Tschechoslowakei, B i e n a, der daran erinnerte, daß in der Tschechoslowakei die Verschmelzung der Arbeiterorganisationen der Lebensmittelberufe schon erfolgt sei, allerdings haben die Kleinheit des Landes und die verhältnismäßig geringe Zahl der Berufsarbeiter dazu gebrängt.

Dann gab der Vorsitzende, Kollege B a c k e r, zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ausführliche mündliche Ergänzungen. Die wirtschaftliche Konstellation der für den Verband in Frage kommenden Industrie erfuhr besondere Beleuchtung, daneben die Maßnahmen der Organisation, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrie und der organisatorischen Entwicklung der Unternehmer die Belange der Arbeiterchaft zu wahren und die Organisation vorwärtszubringen. Die Organisation habe sich trotz der Wirtschaftskrise und der Hemmungen von Unternehmerseite günstig entwickelt, in der Berichtsperiode sei sie um circa 5000 Mitglieder gewachsen. Besonders scharf wurden bestimmte Fälle von Disziplinlosigkeit vom Vorsitzenden verurteilt, die besonders in einem Orte vorgekommen seien. Solche Fälle, die Nachahmung finden können, führen zur Anarchie und schließlich zur Ohnmacht der Organisation. Der Verbandstag müsse sich scharf gegen solche Vorkommnisse aussprechen, die gegen die Interessen der Organisation und der Mitglieder auf das allgeröchlichste verstoßen. Die Bestrebungen der Alkoholgegner in den verschiedenen Ländern wurden kurz besprochen sowie die Folgen des Alkoholverbotes. Die Wertvereinstrebungen, die von gewissen Unternehmern gefördert und gestützt werden, wirken sich zum Schaden der Arbeiter aus, diesen ist die größte Beachtung zu schenken, sie werden um so sicherer abgewendet werden, je weniger der Organisation Schwierigkeiten in bezug auf ihre Geschlossenheit gemacht werden. Namentlich der Beschluß der Unternehmerorganisation aus den letzten Tagen zur Erhebung von Streikbeiträgen, fand die notwendige Freizeichnung. Diese Maßnahme wird die Widerstandsbereitschaft der Arbeiter stärken.

Kollege R a s e l e r ergänzte den Bericht des Vorstandes besonders bezüglich der Mühlenarbeiter. Hier ist von Wichtigkeit der Kampf um den Achtstundentag und gegen das Zwei-



stand: Ueber die Ideale der Gewerkschaften hinaus ist die bevorstehende Entscheidung so wichtig, daß die Sachlage nüchtern und ruhig beurteilt werden muß. Der Entwurf zeichnet unser Organisationsgebiet; Abmachungen mit anderen Organisationen konnten nicht selbständig erfolgen. Ich teile den Optimismus nicht, daß uns der Kartellvertrag keine Schwierigkeiten machen wird. B e u t h l i n g - Lübeck: Wir Mühlenarbeiter hatten durch die Verschmelzung mit den Brauereiarbeitern nur Vorteile; die beabsichtigte Verschmelzung bringt uns nur Nachteile. Das sage ich, weil man den Mühlenarbeitern verargt, weil sie gegen die Verschmelzung sind. Ich als Arbeiter im Betriebe sage, wir wollen gute Beiträge zahlen, aber wir wollen auch gute Leistungen haben. Das gilt denjenigen, die gegen die besonderen Beiträge für die Invalidenunterstützung sind. R i t t s c h e - Königsberg erklärt, daß eine Diskussion über die Verschmelzung eigentlich nicht mehr notwendig sein sollte. Die Stärke der Organisation hängt in erster Linie von der Zahl der Mitglieder ab. Dadurch wächst auch der Einfluß der Organisation. B e c k e r - Dresden: Man kann die Verschmelzungsgegner nicht verstehen, wenn man das Ziel vor Augen hat, den Kapitalismus zu bekämpfen. Der Kartellvertrag ist eine doppelte Buchführung, aber auch der sollte kein Grund sein, die Verschmelzung abzulehnen. B a p p - München erklärt sich gegen die Verschmelzung. Insbesondere sei auch ein Redakteur, der Vertreter der Abstinenz (des Gemeindebestimmungsrechts) sei, für uns nicht tragbar. R ü s t e r - Danzig: Man hat nicht über den Satzungsentwurf abgestimmt, wie der Beschluß in Augsburg es wollte, sondern über die Richtlinien, sonst würde das Ergebnis der Urabstimmung ein anderes sein. Die Danziger Kollegen sind gegen die Verschmelzung. B o l d t - Stettin: Man hat uns noch nicht gezeigt, wie die Ideale durch die Verschmelzung sich in der Arbeiterschaft auswirken werden. Die Stettiner sind zu 100 Proz. organisiert, sie sind aber gegen die Verschmelzung, nur mit den Böttchern wird Verschmelzung aufgegeben. A r n d t - Kassel spricht gegen die Verschmelzung. H o f s t e t t e r - Dortmund spricht für die Verschmelzung und begründet Anträge seiner Ortsgruppe zum Satzungsentwurf. B a c e r t - Hauptvorstand gibt auf Verlangen nähere Auskunft über die Korrespondenz, die nach Bekanntwerden des Kartellvertrages des Denag mit dem Verkehrsband zwischen unserem Vorstand und dem des Denag geführt wurde. S e e g e r - Fürstenwalde erklärt, daß eine nochmalige Urabstimmung die allgemeine Verschmelzung ablehnen würde. Er könne nicht verstehen, daß die Redaktion einem Kollegen übertragen werden soll, der als Vertreter arbeitet. M a l s c h e r e l - Erfurt erklärt, daß er nach dem Kartellvertrag keinen Weg sehe, mit den Bäckern zu einer Verschmelzung zu kommen, selbst auf die Gefahr, daß weite Kreise es nicht verstehen würden, daß die ganzen Arbeiten für die Verschmelzung nicht das volle Ergebnis bringen. S c h r e m b s spricht sich gegen die Verschmelzung aus und begründet eingehend seinen Standpunkt. R i p l e - Berlin: Wenn wir zur Verschmelzung kommen sollen, dann müssen wir auch sehen, daß irgendein Vorteil daraus entsteht; der ist nicht zu finden. Ebenfalls die Durchschlagskraft, die die Verschmelzungsfreunde von der Verschmelzung erhoffen. E r i l - München giebt seiner Freude Ausdruck, daß wir endlich zu einem Zusammenschluß mit den Böttchern kommen. Aber über die Verschmelzung mit den Bäckern sollten wir noch einmal eine Urabstimmung vornehmen, dann würden die Verschmelzungsfreunde ihr blaues Wunder erleben. Wir nehmen schon lieber den unberechtigten Vorwurf auf uns, wenn die Verschmelzung nicht zustande kommt, als daß wir die Folgen der Verschmelzung mit den Bäckern übernehmen. S c h ü l e i n - Magdeburg: Eigentlich haben wir ja keine Verschmelzungsgegner auf dem Verbandstag, nur halten die verschiedenen Kollegen sie noch für verfrüht. Die wirtschaftliche Entwicklung gebietet uns, mit den anderen Verbänden zusammenzukommen. V i e b r e c h t - Königsberg: Die Einwände der Verschmelzungsgegner sind nicht haltbar. Die Zentralisierung der Wirtschaftskraft machte sich bei den Arbeitern viel früher bemerkbar als bei den Unternehmern. Die schwächere Organisation muß von der stärkeren gestützt werden. Allerdings müssen wir verlangen, daß die Bäckern den Kartellvertrag beiseitelegen. H e i n r i c h s - Saarbrücken: Es wäre nicht zu verstehen, wenn wir heute nicht mit dem Beschluß zur Verschmelzung auseinandergöhen. Es ist für mich ohne Zweifel, daß die Mitglieder auch heute noch in ihrer Mehrheit für eine Verschmelzung sind. H u b e r - Köln: Die Voraussetzungen für die Verschmelzung sind nicht eingetroffen. Das sagt uns der Satzungsentwurf, und es hat sich außerdem seit der Zeit so vieles ergeben, daß die Zustimmung der Kollegen zu verstehen ist. Es dürfte das kleinere Übel sein, wenn wir der Verschmelzung zustimmen. W e n i g - Münster stellt dar, wie notwendig der Zusammenschluß aus dem Grunde ist, in den anderen Berufen mitzuagittieren, wo die Organisation noch schwach oder gar nicht vorhanden ist. H ö h l e i n - Hamburg: Die Delegierten haben eine schwere Entscheidung. Was hat man von einer Verschmelzung erwartet? Man glaubte, daß die Grenzstreitigkeiten verschwinden und unsere Kampfkraft gehoben wird. Daß das nicht der Fall ist, davon sind uns ja unzweifelhafte Beweise gegeben. Was uns die Sache am schwersten macht, ist der Kartellvertrag. T h a u e r - Magdeburg weist darauf hin, daß die Urabstimmung das Ausschlaggebende sein muß. Allerdings sind uns nun Steine in den Weg gelegt worden, namentlich durch den Vertrag. Das sollte aber kein Hindernisgrund sein, aber Klarheit muß geschaffen werden. G r a f m a n n (ADGB) gibt die Entstehung des Kartellvertrages nach Einsicht der Akten beim Denag zur Kenntnis und überbringt die Erklärung des Verbandstages des Denag, daß der Denag bereit sei, den Kartellvertrag nach Rücksprache mit den anderen Verbänden, die die Verschmelzung beraten, zu kündigen. B r ö d n e r - Dresden polemisiert als Verschmelzungsfreund gegen die Argumente der Gegner. G r o h e r - Breslau weist darauf hin, daß die Kündigung des Vertrages noch nicht seine Aufhebung bedeute. L i n n e - Hamburg hält es für notwendig, daß der Kartellvertrag schon vor der Entscheidung über die Verschmelzung gelündigt wird. J u n g h a n s - Berlin weist darauf hin, daß die Bäckern in ihrem Schreiben eine ganz entgegengesetzte Auffassung über die Organisationsform bekunden, die eine Verschmelzung mit ihnen nicht ermöglichen. Z i n n e c k e r - Heilbronn wider-

spricht der Auffassung des ADGB. in seinem Schreiben, daß die Nahrungsmittelindustrie unbestrittenes Agitationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes sei. Beschlossen wird, den Vorsitzenden des Denag, Diermeyer, zu einer Erklärung zu veranlassen, wie er bzw. seine Organisation sich zu dem Kartellvertrag stellt und über seine Auffassung zur Organisationsform überhaupt. B ö t t c h e r - Altenburg weist auf die Stellungnahme in der „Einigkeit“ gegen unsern Verband hin, wo wir mit den Unternehmern zusammengeworfen werden. V i e b e r - Freiburg verlangt eine Erklärung des Denag über seine Auffassung zur Industrieorganisation. D i e r m e y e r (Denag) gab dann die Erklärung ab, daß dem Kartellvertrag, an dem er nicht mitgewirkt habe, soeben vom Verbandstag des Denag die Zustimmung, die zu seiner Wirksamkeit erforderlich sei, versagt wurde, daß der Kartellvertrag also nicht mehr bestünde. Die weitere Erklärung über seine sonstige Einstellung zerstreute auch sonst die Bedenken. Es sprechen dann noch R e h - Mannheim, G r ä b n e r - Eberfeld und L i p p o l d - Zwickau für, K o b a c h - Görlitz gegen die Verschmelzung. Die Spannung ist nach der Erklärung Grafmanns und Diermeyers aufs höchste gestiegen. Nach Verluß der nun einsetzenden Mittagspause beantragten die Gegner der Verschmelzung in Rücksicht auf die neue Situation Vertagung des Verbandstages um 1 1/2 Stunde, um sich über die Sachlage auszusprechen. Nach Wiedereröffnung des Verbandstages gab Kollege Brückl im Auftrag der Gegner der Verschmelzung folgende Erklärung ab: Erklärung. „Diejenigen Delegierten des Verbandstages der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, die sich aus organisatorischen Gründen gegen den Zusammenschluß zu einem großen Verband wandten, erblicken nach wie vor im Zusammenschluß zu einem solchen Verband die Vorteile, die ein Teil der Verbandsdelegierten vom Zusammenschluß erhofft, nicht. Nachdem jedoch der Verbandstag der Bäcker dem Kartellvertrag mit dem Verkehrsbande seine Zustimmung nicht gab, glauben diese Delegierten, daß die bisherige, bewährte Organisationsform unseres Verbandes auch im neuen Verbände gestärkt ist. Im Interesse des großen Gedankens gewerkschaftlicher Konzentration und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft gehen auch diese Delegierten in ihrer Mehrzahl ihre Zustimmung zum Zusammenschluß.“ Im Schlußwort gibt der Vorsitzende Kollege Baedert Auskunft über seine Einstellung zu den Vorgängen. Wenn die Verhandlungen nicht das Resultat ergeben hätten, daß unsere bewährte Organisationsform gestärkt wäre, so stehe er nicht an zu erklären, daß er lieber den Vorwurf, die Verschmelzung verhindert zu haben, wie man sagt: die „Blamage“ als das kleinere Übel angesehen und auf sich genommen hätte. Nachdem der Verbandstag des Denag dem Kartellvertrag seine Zustimmung nicht gegeben, derselbe also beseitigt ist, damit auch die Bedenken geschwunden sind, erlaube ich die Delegierten, einstimmig der Verschmelzung zuzustimmen. Im neuen Verbände werden wir dann unsere ganze Kraft einlehen, nicht nur die Interessen unserer Berufsgruppe zu wahren, sondern auch die Gesamtorganisation mit allen Kräften vorwärtszubringen. Die dann vorgenommene namentliche Abstimmung über die Verschmelzung ergab folgendes: 61 ja, 5 nein, 1 Enthaltung.

**9. Sitzung des Bundesauschusses am 13. September.**

Einer Einladung der Stadt Magdeburg folgend, hat der Bundesvorstand die 9. Ausschusssitzung des ADGB. nach Magdeburg einberufen. Der Bundesvorstand hat den Verbandsvertretern Gelegenheit gegeben, die Theaterausstellung zu besuchen, die ein bedeutendes Kapitel deutscher Geistesgeschichte in hervorragend klarer Ordnung des gewaltigen Stoffes veranschaulicht. Oberbürgermeister Genosse Beims begrüßte im Namen der Stadtverwaltung mit herzlichen Worten den Bundesauschuss. Leipart sprach den Dank des Bundesauschusses für die freundliche Begrüßung aus. Sodann erstattete er den Bericht des Bundesvorstandes. Der Bundesvorstand wird eine Konferenz der Arbeitersekretäre einberufen, und zwar vom 26. bis 28. September nach Frankfurt a. M. Die Konferenz wird sich mit dem Verfahren in der Unfall- und Invalidenversicherung, den Arbeitsgerichten und der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Für die Krankenkassenwahlen hat der Bundesvorstand erneut eine besondere Broschüre als Wahlanleitung herausgegeben. Leipart verwies noch auf die Konferenz der Bezirkssekretäre, die kürzlich stattgefunden hat. Der Bau und die Organisation der beiden geplanten Bundeschulen

erfordert die Anstellung einer neuen Kraft, eines Bildungssekretärs, dessen Aufgabe darüber hinaus die Förderung der Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, insbesondere der Verbände, die keine eigenen Schulen haben, sein wird. Die Oberleitung des ganzen Schulbetriebs soll in der Hand des Bundesvorstandes, in erster Linie des neuen Bildungssekretärs liegen. Der Bericht des Bundesvorstandes wurde einstimmig genehmigt. Sodann erstattete Genosse Raphael Bericht über die Arbeiten der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, die eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften, der Partei und der Genossenschaften ist. Schlimme gab eine Darstellung der Gründe, die zu Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen

führen. Er erinnerte daran, daß zur Vermeidung solcher Meinungsverschiedenheiten viel beigetragen werden kann, wenn die Bestimmungen der Bundesstatuten über die

Führung von Lohnbewegungen und über Tarifabschlüsse in Gebieten und Betrieben, an denen mehrere Organisationen beteiligt sind, von vornherein sorgfältigste Beachtung finden. Leider seien die Gedanken dieser Bestimmungen noch nicht in die Verbandsstatuten aufgenommen worden, obwohl § 55 der Bundesstatuten diese Uebernahme fordert. Daher erinnert der Bundesvorstand daran, daß die Bestimmungen der Bundesstatuten streng innegehalten werden müssen. Ferner schlägt der Bundesvorstand vor, daß Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nur im Einvernehmen aller beteiligten Verbände gestellt werden mögen. Ergeben sich hierbei Meinungsverschiedenheiten, so soll der Bundesvorstand schlichtend eingreifen. Nach einer kurzen Debatte schloß der Vorsitzende die Sitzung.

**Die Eigenart der deutschen Konjunktur.**

Die Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands ist seit den letzten Monaten des Vorjahres in einem Ausmaß erfolgt, wie man damals noch nicht zu hoffen wagte. Im Mai 1927 wurde eine der Hochspannung sich nähernde Aufschwungssphase erreicht. Nach dem letzten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung Ende August ist der Eintritt der Hochspannung inzwischen erfolgt. Kurz nach der Hochspannung würde bei üblichem Ablauf der Konjunktur die Krise kommen. Eigenartig ist, daß das Institut der Erörterung eines etwaigen Rückschlages ausweicht. Die Dauer der Hochspannung und die Formen des Uebergangs zur nächsten „Phase“, wie man vorsichtig statt „Krise“ sagt, sollen von unbekanntem und unbestimmten Elementen abhängen. Das ist ein verdecktes Eingeständnis, daß die bisherigen Erfahrungen über den Konjunkturablauf auf den gegenwärtigen Fall kaum anwendbar sind. Die Unsicherheit in der Beurteilung der künftigen Entwicklung erklärt sich aus der Eigenart der deutschen Konjunktur, die wesentliche Abweichungen gegenüber dem Schema der Vorkriegskonjunktur zeigt.

Die Wellenbewegung der kapitalistischen Wirtschaft erfolgte vor dem Krieg gleichmäßig in allen von der Industrialisierung erfassten Ländern. Heute erleben wir aber in Deutschland eine Sonderkonjunktur, die nicht über die Grenzen des Landes hinausgreift, während außerhalb die wirtschaftliche Depression fast unverändert andauert. Diese Verschlebung ist einer der Gründe, die den Ablauf der deutschen Konjunktur stark beeinflussen.

Zur Aufhebung der Wirtschaft, zur Vergrößerung und Rationalisierung des Produktionsapparates war sehr viel Kapital nötig, das das verarmte Deutschland allein nicht hätte aufbringen können. Wäre der wirtschaftliche Aufschwung überall gleichmäßig erfolgt, dann wäre auch übera“ ein großer Bedarf an Kapital entstanden. So konnte Deutschland das anderswo brachliegende Kapital leicht an sich ziehen, wodurch der Aufschwung wesentlich beschleunigt wurde. Man hat die deutsche Konjunktur wegen der starken Beteiligung des Auslandskapitals eine „Konjunktur auf Pump“ genannt, und von der wachsenden Verschuldung an das Ausland geredet. In Wirklichkeit hat Deutschland davon die größten Vorteile, da ja der Ertrag des geliehenen Kapitals größer ist als der Zins, der dafür ins Ausland geht, und die gesamte Wirtschaft befruchtet wird.

Das gesonderte Auftreten der Konjunktur muß sich vor allem auf den Außenhandel auswirken. Durch den vermehrten Rohstoffbedarf der Industrie und allgemein infolge des steigenden Wohlstandes erhöht sich die Einfuhr. Eine ausgleichende Zunahme der Ausfuhr an Fertigfabrikaten findet aber nicht statt, da sich in Deutschland der durchschnittliche Preisstand hebt, während er anderwärts absinkt, die deutschen Waren also für den Weltmarkt zu teuer werden. So haben wir die seltsame Erscheinung, daß sich trotz Besserung der wirtschaftlichen Lage die Handelsbilanz verschlechtert. Umgekehrt würde bei einem Nachlassen der deutschen Konjunktur, das wahrscheinlich von einem Aufschwung in Europa begleitet sein wird, das deutsche Preisniveau unter das Weltpreisniveau sinken. So würde bei kleinerer Rohstoffzufuhr die Ausfuhr von Fertigfabrikaten steigen können und ein großer Teil des Produktionsüberschusses vom Ausland aufgenommen werden. Damit würde der erste Rückschlag wesentlich abgeschwächt.

Für das Auffangen des Rückschlages könnte auch eine Regulierung des Wohnungsbauens von großer Bedeutung werden. Da sich bei aufsteigender Konjunktur das Kapital in der Industrie im allgemeinen besser rentiert, wird es dem Baumarkt entzogen. Erst wenn der Geschäftsgang in der Industrie stockt, fließt es wieder reichlicher dorthin. Diese Erscheinung konnte man im vergangenen Halbjahr deutlich beobachten. Bei der gegenwärtigen öffentlichen Finanzierung des Wohnungsbauens ist es trotzdem möglich, den laufenden Bedarf auch bei allgemeiner Hochkonjunktur abzudecken. Um so mehr sollte die Beseitigung des großen Fehlbearbedarfes von ungefähr 1,2 bis 1,6 Millionen Wohnungen in der Zeit der Depression gefördert werden. Da eine umfangreiche Bautätigkeit imstande ist, den ganzen Wirtschaftskörper zu beleben, so könnte auf diese Weise ein wirksamer Konjunkturausgleich geschaffen werden.

Es ist nicht einmal sicher, daß ein Rückschlag kommen muß. Selbst wenn er eintritt, wird er nicht bis zum Tiefstand der letzten Krise führen, deren Ausmaß nur durch die Kapitalvernichtung und die Zerreißung der wirtschaftlichen Beziehungen durch den Krieg zu erklären ist. Es ist eher anzunehmen, daß sich unsere Wirtschaft erst aus der Kriegsnötlage herausarbeitet, um dann einen Normalstand festzuhalten, wie er der allgemeinen organisatorischen und technischen Entwicklung entspricht, einen Normalstand, wie ihn etwa Amerika erreicht und auch festgehalten hat. In diesem Fall könnte die deutsche Sonderkonjunktur, die selbst durch eine Sonderkonjunktur des Bergbaues und der Schwerindustrie im vergangenen Jahr ausgelöst wurde, einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung Europas einleiten. Voraussetzung hierfür ist, daß wirtschaftliche Berrunft über politischen Wirrwarr siegt und daß man sich auch in der Lohn- und Preispolitik amerikanischen Grundfäden nähert.

Vor dem Kriege galten anziehende Preise noch als die Voraussetzung und als sicherstes Anzeichen aufsteigender Konjunktur. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich, ganz im Gegensatz hierzu, eine glänzende Konjunktur bei sinkenden Preisen und steigenden Löhnen entwickelt, also durch Erhöhung des Realeinkommens der breiten Masse. Eine Zeitlang hatte es auch in Deutschland den Anschein, als

ob wir diesen Weg gingen. Inzwischen hat die Preissteigerung die Lohnerhöhung seit Jahresbeginn fast schon wieder eingeholt. Das Realeinkommen der deutschen Arbeiterschaft hat sich um kaum 2 bis 3 Prozent erhöht.

Weltwirtschaft.

Starke Ausdehnung des australischen Getreidebaues.

Nach einem amtlichen Bericht entwickelt sich der Getreidebau für die kommende Ernte (normaler Beginn im Dezember) in Australien gut. Die Zukunft Australiens als Getreideland wird außerordentlich günstig beurteilt.

Balkanien.

In Bulgarien kämpft die Brauindustrie bekanntlich mit sehr schwierigen Verhältnissen. Die hohe Besteuerung hat den sowie die hohen Bierkonsum sehr gedrückt.

Trodenlegung Rumäniens?

Nach Meldungen aus Bukarest hat das Finanzministerium einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der die jetzige Einführung des Alkoholverboies in Rumänien bezwecken soll.

Eine Getreidezentrale in Ungarn?

Aus Ungarn wird berichtet, daß man in Budapest die Errichtung einer Getreidezentrale beabsichtigt, die gegenüber denjenigen Staaten, nach welchen Ungarn Getreide exportiert, als Verkäufer aufzutreten hätte.

Arbeitsrecht.

Begriff und Grenzen der anschlüssweisen Beschäftigung.

Eine Stettiner Brauerei hatte einen Arbeiter „anschlüssweise“ für Bauarbeiten mit dem Bemerkten eingestellt, daß er, wenn diese beendet seien und keine andere Arbeit da sei, entlassen werde.

Das Arbeitsgericht hat der Klage stattgegeben. Das Gericht hat die bei Einstellung des Klägers zum Ausdruck gebrachte Absicht dahin ausgelegt, daß mit Beendigung der Bauarbeiten die Tätigkeit des Klägers automatisch enden und die gesetzliche Kündigungsfrist daher ausgeschlossen werden sollte.

Ueber diesen Zeitpunkt hinaus ist aber eine „anschlüssweise“ Beschäftigung in dem Sinne und mit der Wirkung, daß hierdurch die gesetzliche Kündigungsfrist ausgeschlossen und eine jederzeitige Entlassung des Klägers möglich sein sollte, verneint worden.

Wollte man über diesen Zeitpunkt hinaus in jochlicher und zeitlicher Unbestimmtheit den Begriff der anschlüssweisen Beschäftigung mit der oben angegebenen Wirkung weiterhin anerkennen, so würde eine zeitliche Grenze dieser anschlüssweisen Beschäftigung überhaupt nicht gezogen werden können und ohne weiteres die Möglichkeit gegeben sein, die gesetzliche Kündigungsfrist zu umgehen, indem jeweils Ausflüßes der letzteren jede Beschäftigung als „anschlüssweise“ bezeichnet und somit der Kündigungsfrist ausgeschlossen werden könnte.

Aus der Industrie.

Brauerische Betriebe.

Frankfurt a. M. Auf 10 Proz. Dividende kam die Frankfurter Aktienbrauerei. Der Bruttogewinn der Firma, betrug 65 000 Mk. Kapital hat, stellt sich auf 33 Proz., der Reingewinn auf 15 Proz.

Chemnitz. Bei 150 000 Mk. Kapital hat die Eberswalder Brauerei 8 000 Mk. = 5 Proz. insgesamt verdient. Abschreibungen betragen 67 000 Mk., so daß als Reingewinn nur noch 16 000 Mk. verbleiben.

Kennepin. Einen Bericht veröffentlichte die Brauerei Schenck & Co. in Kennepin. Ihr Kapital beträgt 30 000 Mk., der ausgewiesene Reicht 41 000 Mk.; er verringert sich eigentlich um 20 000 Mk., da diese Summe abgeschrieben wurde.

Koblenz. Etwa 22 1/2 Proz. verbuchte dagegen die Bierbrauereigesellschaft Janßen & Bechly, die über nur 8 Proz. Dividende verfügt. Das Kapital der Firma stellt sich auf 456 000 Mk.

Wald. Mahu & Thierich, eine der größten Brauereien in der Gegend, ergab bei 2 Millionen Mark Kapital 60 000 Mk. = 2 1/2 Proz. Bruttogewinn. Der Nettogewinn beträgt nach Abschreibungen 15 Proz., die Dividende 8 Proz.

Sagan. Auf 31 000 Mk. = 30 Proz. stellte sich der Gesamtgewinn bei der Brauerei Bergschlösschen A.-G. in

Sagan. Es wurden nur 5 Proz. Dividende auf das Kapital von 103 000 Mk. verteilt.

Zwönberg in Schlesien. Auf das Kapital von 280 000 Mk. hat die Bierbrauerei und Malzfabrik F. Hohberg A.-G. 70 000 Mk. = 25 Proz. verdient. Davon wurden 40 000 Mark für Abschreibungen verwendet, so daß ein Reingewinn von 30 000 Mk. verbleibt.

Sörlitz. Ungefähr 17 Proz. hat die Bürgerliches Brauhaus Sörlitz A.-G. brutto verdient. Nach Abzug der Abschreibungen stellt sich der Reingewinn auf 18 000 Mk. gleich 8 1/2 Proz. bei dem Kapital von 210 000 Mk.

Oppeln. 10 Proz. Dividende verteilte die Oppelner Aktienbrauerei und Preßfabrik in Oppeln. Sie hat einen Reingewinn von 19 1/2 Proz. erreicht und darüber 8 Proz. für Abschreibungen ausgewiesen.

Mühlen.

Breslau. Die Schlesienschen Mühlenwerke in Breslau verzeichneten einen Bruttogewinn von 284 000 Mk. bei einem Kapital von 3 Millionen Mark. Reingewinn waren 156 000 Mk. (5 Proz.).

Böllberg-Halle. Hier verbuchten die Silberbrand'schen Mühlenwerke nach 90 000 Mk. Abschreibungen 7000 Mk. Gewinn. Das Kapital der Firma beträgt 1 600 000 Mk.

Rundschau.

Das neu errichtete Gewerkschaftshaus Elberfeld-Barmen.

Am 10. September 1927 wurde das neuerrichtete Gewerkschaftshaus eingeweiht und dem öffentlichen Verkehr übergeben. Damit hat die Arbeiterschaft der beiden Städte ein Ziel erreicht, das sie jahrzehntlang in zäher Ausdauer angestrebt hat.

Das Heim der freien Arbeiterschaft im Wuppertal ist geschaffen: Nun sorgt dafür, daß die noch fernstehenden der Organisation bald in die Reihen treten, um Güter und Förderer des Gewerkschaftshauses zu sein.

„Arbeiter-Sprachzeitung“.

Am 15. Oktober erscheint die erste Nummer der von der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins herausgegebenen „Arbeiter-Sprachzeitung“, populär-wissenschaftliche Monatschrift für das Studium fremder Sprachen und zur Förderung fremdsprachlicher Kenntnisse.

Was ist deutschnational?

Das sagt uns der deutschnationale Kandidat für die Hamburger Bürgerstimmwahlen Universitätsprofessor Dr. Passarge. Sein Programm, das er in einer Schrift aufgestellt hat, ist folgendes:

Um die seiner Auffassung nach degenerierenden Einflüsse der modernen Kultur zu beseitigen, verlangt Passarge, alle Industriezweige in Deutschland aufzugeben, deren Rohstoffe von auswärts eingeführt würden.

Schriftenanzeigen.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 16. Juli 1927. Herausgegeben von Th. Leipziger und Cl. Kerpel. 3. Auflage. Berlin 1927, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. d. V., Berlin G 14, Juliheft, 64, 73 Seiten, 80 Pf., Organisationspreis 65 Pf.

Die Arbeitsfrage hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Masse der Gewerkschaftsfunktionäre über die Bedeutung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung aufzuklären und die Rechte zu erläutern, welche sich für die Arbeiter und die Angestellten aus der gesetzlichen Arbeitszeitregelung ergeben.

Geht über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit ausführlichen Erläuterungen von Franz Epiel und Dr. Bruno Broder 1927, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. d. V., Berlin G 14, Juliheft, 64, 264 Seiten. Preis in Leinen gebunden 6 Mk., Organisationspreis 4,50 Mk.

Advertisement for Belfedern (Bellevue) featuring a logo and text: „Belfedern“ 1. Also gerne geschlossene... Benczki Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.

Stellung in jedem einzelnen Falle, welche Stellen entscheiden über Einprüche und über Beschwerden. So kann jeder, der mit dem Gesetz zu tun hat, sich sehr schnell orientieren.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4934.

40. Beitragswoche vom 25. September bis 1. Oktober

Eingänge der Hauptkasse

vom 19. bis 24. September. (Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Brauer- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin NW 40.)

Table listing contributions from various locations: Elberfeld 350, Frankfurt 150, Hamm 19,20, Worms 3, Mannheim 40, etc.

Nachruf.

Am 13. Septbr. verschied plötzlich unser Verbandskollege Albert Gawalek, Bierfahrer der Brauerei Schade.

Nachruf.

Am 18. September verschied nach längerer Krankheit unser langjähriger Mitglied Friedrich Ranscher.

Nachruf!

Am 22. September 1927 verschied plötzlich nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Mag. Dirke.

Nachruf!

Am 22. September 1927 verschied plötzlich nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Mag. Dirke.

Nachruf!

Am 22. September 1927 verschied plötzlich nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Mag. Dirke.

Nachruf!

Am 22. September 1927 verschied plötzlich nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Mag. Dirke.

Nachruf!

Am 22. September 1927 verschied plötzlich nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Mag. Dirke.

Nachruf!

Am 22. September 1927 verschied plötzlich nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Mag. Dirke.

Nachruf!

Am 22. September 1927 verschied plötzlich nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege Mag. Dirke.

Unserm Kollegen Richard Wroff sowie seiner lieben Frau Wilhelmine Gottt zu ihrer am 17. September stattgefundenen Beerdigung nachträglich die herzlichen Glückwünsche.

Die freizeitanernten Kollegen von Wittingen. Die Ortsverwaltung Koblenz.

Unserm Kollegen Reinhold Rühl nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Beerdigung. Ortsverein Konstantin/S.

Unserm Koll. Georg Eisenhofer und seiner Gemahlin Marie zur Beerdigung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen d. Löwenbrauerei Kuchlbauer G. m. b. H., Albersberg.

Unserm Kollegen Erich Widning und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche. Die Koll. der Wittener Walzenmühle u. Ortsverein Dünsberg.

Unserm Koll. Jakob Laubner, Bierfahrer, und seiner lieben Frau zur Beerdigung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Worms-Diethelm.

Unserm Kollegen Ernst Richter zu seinem 25. jähr. Arbeitsjubiläum, unserm Kollegen Hans Müller zum 30. jähr. Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen des Ortsvereins Rinkertwalde. Unserm Koll. Carl Joachim, Müller, Mühle Niederbindmaß, zu seinem 25. jähr. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen des Ortsvereins Glaucha. Unserm Kollegen dem Malzer Friedrich Köhler zu seinem 25. jähr. Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Malzfabrik Johannes Runne und der Zahlstelle Nordhausen.

Achtung! Liefere nun jetzt ab den starken 2 - Schnallen - Brauer - Schuh für 7,50 Mk., sowie Galoschen, Schnürstiefel und Schaffstiefel mit Holzsohlen in atelannter und reeller Ware. Preisliste gratis. JOHANN DORN, Kiel, W. Schellentw. 12.

Unserm Kollegen Ernst Richter zu seinem 25. jähr. Arbeitsjubiläum, unserm Kollegen Hans Müller zum 30. jähr. Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen des Ortsvereins Rinkertwalde. Unserm Koll. Carl Joachim, Müller, Mühle Niederbindmaß, zu seinem 25. jähr. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen des Ortsvereins Glaucha. Unserm Kollegen dem Malzer Friedrich Köhler zu seinem 25. jähr. Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Malzfabrik Johannes Runne und der Zahlstelle Nordhausen.

Advertisement for JOHANN HARDERS Holzschuhfabrik, Altona-E., Adolfstr. 28. Includes images of shoes and text: „Auf Wunsch auch mit Stoßleiste ohne Mehrkosten. / 3 Paar franko.“

Advertisement for Liefere prima Arbeitskleidung zu Fabrikpreis direkt an Private! Spezialität: Schlofferanzüge, Fachleder- und Wauscheferhosen, Kilmuschfäden, Reithorizontanzüge. Verlangen Sie Stoffproben und Preise. Mag Müller, Arbeitskleider-Fabrikation, Neuenau I. G.

Advertisement for THADMOR 4PF ARBEITERPORTIER 4PF ZERONTH 5PF. Logo with a hammer and pickaxe. Text: „QUALITÄT IM KONSUMVEREIN“

Advertisement for „Wasserteufel“ die anerkannt besten Brauerische Schuhe sowie Gaden-schoner, Ferienstiefel und Hochhaartöhlen. Schaffstiefel in allen Schaffstiefel liefert preis zu billigen Preisen. Josef Urban, Cham in Bayern. Verlangen Sie kostenlos Preisliste